

Sitzung der Bezirksversammlung am Donnerstag, 28.01.2016, 18:00 Uhr im Rathaus Altona

Es werden nachstehend nur TOPs protokolliert, die das Bebauungsgebiet Rissen45 betreffen.

Herr Toussaint bittet vor Beginn der Sitzung die Zuschauer aus gegebenem Anlass aus dem Verhandlungsraum zu gehen und sich auf die Tribüne zu begeben. Lässt sich Presseausweise hochhalten.

3 Öffentliche Fragestunde

Fragen der Initiative Otte 60 zu den neuen Plänen des Investors zur Hinterhofbebauung im B-Plangebiet Ottensen 60

Die Fragen werden von Herrn Toussaint vorgelesen und die Fraktionen gebeten, der Reihe nach, diese Fragen zu beantworten. Es geht um die neue Pläne des Investors einen Hinterhof im Plangebiet Ottensen 60 mit 15.000 qm² Wohnfläche anstelle der bisher geplanten 7.500 qm² zu bebauen. Der Investor möchte dazu das Expresswohnungsbauprogramm des Senats für Flüchtlinge nutzen und die ca. 170-190 Wohneinheiten bis zu 15 Jahre als örU zu nutzen.

(Anm. CK: Die dem Planungsausschuss am 18. 11. 2015 von VIN-Rissen übergebenen Fragen haben die meisten Parteien der Bezirksversammlung bis heute nicht beantwortet.)

Antworten der Fraktionen zu den Fragen:

Adrian (SPD):

- Wir stehen in der Pflicht Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen, Integration sei nur bei einer Unterbringung in Wohnungen möglich.
- Es müssen 100% Flüchtlingswohnungen sein.
- Die SPD findet die Verdoppelung der Baugröße richtig.
- Eine 4-5 geschossige Bebauung sei in der Umgebung des Baugebietes üblich.
- Die neue Planung des Investors sei eine verträgliche Lösung.
- Der Bau dieser Flüchtlingswohnungen diene dazu, Rissen derart zu entlasten, dass dort nur 400 der vom Senat geplanten 800 WE für Flüchtlinge gebaut werden müssen.
- Eine Größenordnung von 150-170 WE sei richtig. In Rissen würden immer noch viel mehr, nämlich 400 WE gebaut werden.
- In Ottensen würden außerdem Wohnungen für Flüchtlinge mitten in der Stadt und nicht am Stadtrand (*Anm. wie in Rissen*) entstehen.
- Es müsse der Weg von der Willkommenskultur zum Wohnen für Flüchtlinge gegangen werden.
- Bei dem aufwendigen 25-Punkte Programm des Senats sei es nötig, große Einheiten (mehr als 20 Wohnungen) von Flüchtlingswohnungen zu schaffen.
- Es gibt eine Kultur in Altona, alles zu besprechen.
- Ottensen 60 sei eine realistische Alternative, da Ottensen ein offener Stadtteil sei.
- Bis Ende Januar habe der Bezirk eine Frist vom Senat, neue Flächen zu benennen, um Rissen zu entlasten.

- Die SPD habe sich bei der Abstimmung des B-Planes für Ottensen 60 enthalten, damit sei das kein Wortbruch.

Hielscher (CDU):

- Statt des 1/3-Mixes sollten 100% Sozialwohnungen gebaut werden.
- Er hält eine Baugröße –wie Herr Adrian vorgeschlagen hat- für Ottensen für vertretbar.
- Die Flächen für den Bau von Flüchtlingswohnungen sind knapp.
- Die Innenhofflächen müssten mehr ausgenutzt werden.
- Die geplante 2-geschossige Bauweise sei gar nicht förderungsfähig, weil zu niedrig.
- Adrian kündige den bestehenden runden Tisch auf, da die neuen Pläne ausschließlich der Investor vorgeschlagen habe.

Boehlich (GRUENE):

- Es hat sich seit letztem Jahr alles geändert.
- Hamburg steht vor neuen Herausforderungen.
- Hat selber noch keine Meinung zum Investorenvorschlag.
- Dem Investor gehört das Grundstück. Jeder Grundbesitzer könne sich seine Mieter selber aussuchen. Dieser Investor wolle nun seinen Wohnraum an Flüchtlinge vermieten.
- Es gebe ein Gebot Flüchtlinge unterzubringen.
- Der B-Plan und die Geschosshöhe könnten nicht erhalten werden.
- Bisher gebe es für den Flüchtlingswohnungsbau nur Flächen am Stadtrand oder Gewerbeflächen.
- Ottensen kann das schaffen, da Ottensen die Mitte der Gesellschaft sei.

Jarowoy (LINKE):

- Flüchtlinge müssen auch in Ottensen untergebracht werden, nicht nur in Ghettos am Stadtrand.
- Es sollten Flüchtlinge in die Wohnungen in dem Innenhof ziehen.
- Die neue große Baumasse des Investors gehe zu Lasten der Lebensverhältnisse.
- Hält eine dreigeschossige Bebauung für vertretbar.
- Hält eine größere Dichte -falls die Initiative das möchte- für vertretbar.
- Die neuen Wohnungen für Flüchtlinge müssten immer durchmischt belegt werden, in Ottensen und auch in Rissen.
- Es gibt Alternativen zu den großen Wohnungsbauprojekten für Flüchtlinge.
- Es gibt noch andere Flächen in Altona, die genutzt werden könnten, z.B. der Bauwagenplatz oder die Neue Mitte Altona mit sehr vielen geplanten WE, das Schwarzkopfgelände und auch bald das jetzige Hermes-Euler-Gebäude.
- Es gibt leerstehende Bürogebäude in Altona.
- Ottensen sei gut geeignet. Der Migrantenteil war 1980 30%. Das wäre ein gutes Miteinander gewesen besser als jetzt mit einem Anteil von 25%.

Flemming (FDP):

- Es sei immer schön vor einem vollen Haus zu sprechen.
- Die FDP sieht eine andere Lösung für die Unterbringung der Flüchtlinge, nämlich im bestehenden Wohnungsbauprogramm der Stadt Hamburg. Hamburg habe gezeigt das es Wohnungen bauen könne.
- Es darf keine Massenmiete durch f&w geben.
- Es darf keine Massenunterbringung von Flüchtlingen geben.
- Flüchtlinge können in allen Wohnungsbauten untergebracht werden, es braucht dafür kein Sonderwohnungsbauprogramm.
- Flüchtlinge müssten durchmischt mit Einheimischen nach denselben Kriterien wohnen, z.B. mit Wohnungsberechtigungsschein und nach Dringlichkeit.
- Es gab einen Beschluss zu Ottensen 60, der eingehalten werden müsse.
- Der Bezirk kann den Wohnungsbau alleine regeln, er braucht dafür keinen Senat.

Dr. Schülke (AfD):

- Für Durchmischung von 1/3 Flüchtlingen und 2/3 Einheimischen.

Sprecher der Initiative Otte 60:

- Viele der Initiative arbeiten in der Flüchtlingshilfe.
- Es sei selber Sozialarbeiter.
- Ottensen will Flüchtlinge integrieren.
- Die Belegung der Wohnungen muss durchmischt sein, schlägt 20% Wohnungen für Flüchtlinge, 20% Sozialwohnungen und 60% andere Wohnungen vor.
- Die Integration wird durch die ausschließliche Belegung nur mit Flüchtlingen gegen die Wand gefahren.
- Es gibt einen runden Tisch mit Bürgern.
- Wenn man sich über diesen hinwegsetzt wird die Demokratie gegen die Wand gefahren.
- Wann findet die Bürgeranhörung statt?

Adrian (SPD):

- Die Planung zu Ottensen 60 geht in den Planungsausschuss.
- Man darf die 150 WE nicht isoliert betrachten. Die gesamte Umgebung kann integrieren.

Szczesny (CDU):

- Es stimmt nicht, dass der B-Plan Ottensen 60 ausverhandelt ist.
- Es ist immer mit dem runden Tisch gesprochen worden.

- Es ist schlecht, dass über neue Pläne zu Ottensen 60 in der BV vor Gesprächen mit dem runden Tisch gesprochen werde.
- Das liege auch in der Presse, die vorschnell publizieren würden.
- 15.000 kommen nicht in Frage.
- Hält eine dreigeschossige Bauweise plus Staffelgeschoss und 100-110 WE für vertretbar.

8.4 Flächen aus dem Wohnungsbauprogramm für Flüchtlingswohnungen zulassen **Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE 20-1996 Neu!**

Jarowoy (LINKE):

- Der Expresswohnungsbau nach § 246 BauGB ist falsch.
- Er führt nicht zu einer Integration der Flüchtlinge, da keine dafür erforderliche Durchmischung in den Expressbauten vorhanden sei.
- Die Wohnungen für Flüchtlinge müssten im normalen Wohnungsbauprogramm verankert werden.
- Der FDP-Antrag geht noch weiter als der eigene Antrag.
- Die LINKE zieht daher ihren Antrag zurück und schließt sich dem FDP-Antrag an.

8.5 Flüchtlinge sind auch nur Hamburger! **Wohnungsbauprogramme müssen harmonisiert werden. Dringlicher Antrag von Alexandra Gräfin Lambsdorff und Lorenz Flemming (beide FDP) 20-2003**

Flemming (FDP):

- Nach der Flucht werden mit Stellung des Asylantrages, aber spätestens mit Asylbescheid aus den sog. Flüchtlingen gleichberechtigte Hamburger und so sollten die ehem. Flüchtlinge auch dann benannt werden.
- Sie hätten dann als anerkannte oder langezeitgeduldete Flüchtlinge die gleichen Rechte wie einheimische Hamburger.
- Im Expresswohnungsbau werden aus den Flüchtlingen Menschen 2.-4. Klasse.
- Die Expressbauten führen zu Ballungsunterkünften und verhindern die Integration.
- Es wird in Hamburg viel gebaut, nicht nur 6.000 Wohnungen sondern sogar 10.000 Wohnungen /Jahr.
- In Altona wurden 2015 1.969 Wohnungen gebaut.
- Hamburg ist in der Lage Wohnungen für Flüchtlinge zu bauen –auch Rahmen des normalen Wohnungsbauprogramms.
- Die Förderungsbedingungen könne man bei Bedarf ändern.

Boehlich (GRÜNE):

- Der FDP-Antrag vermische 2 Dinge, die nicht zusammengehören.
- **Es gehe bei dem Flüchtlingswohnungsbauprogramm des Senats um den Bau von Wohnungen für die öffentlich-rechtliche Unterbringung (örU). Die Flüchtlinge sollen in Zukunft in Hamburg in Wohnungen statt in Baumärkten oder Zelten untergebracht werden.**
- **„Öffentlich-rechtliche Unterbringung ist etwas gaaaanz anderes als Wohnen.“**
- **Die neuen Flüchtlingswohnungen sind nur für die öffentlich-rechtliche Unterbringung der Flüchtlinge und nicht für den Zweck des Wohnens der Flüchtlinge gedacht.**
- **Es darf keine Konkurrenz zum sozialen Wohnungsbau geben.**
- Der FDP-Antrag soll in den Planungsausschuss überwiesen werden.

Adrian (SPD):

- Die Wohnungen, die nach § 246 BauGB gebaut werden sollen, sollen einer menschenwürdigen Unterbringung dienen.
- Sie dienen nur dem Zweck der Unterbringung.
- Der FDP-Antrag soll in den Planungsausschuss überwiesen werden.

Anm. CK:

Die Expressbauten nach § 246 für Flüchtlinge dienen also nur der öffentlich-rechtlichen Unterbringung von Flüchtlingen mit einer Erstaufnahme-gleichen Belegung, es geht nicht um Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge. Das bedeutet:

- *Die neuen Expresswohnungen für Flüchtlinge werden damit wie eine (dezentrale) Erstaufnahme belegt werden. Flüchtlinge, die gerade einmal registriert sind, werden dort einziehen.*
- *Die BASFI führt die Erstbelegung und f&w die Folgebelegung durch. In mehrfachen Telefonaten betonten BASFI- und f&w- Mitarbeiter, dass man keine „standort-gewünschte“ Selektion der Flüchtlinge, wie z.B. nur die Unterbringung von Flüchtlingsfamilien, vornehmen könne. Die Bereitschaft (syrische) Familien als neue Nachbarn aufzunehmen sei überall in Hamburg sehr groß. Die Realität der ankommenden Flüchtlinge sehe allerdings anders aus, >70% der jetzigen Asylbewerber seien allein reisende junge Männer und diese müssten auf die Unterkünfte verteilt werden.*
- *Es besteht für diese Express-Siedlungen dann eine Residenzpflicht von max. 6 Monaten.*
- *Der Staatsrat von Frau Dr. Stapelfeldt Herr Kock führte im Stadtentwicklungsausschuss aus, dass die Unterbringung in den neuen Wohnungsunterkünften so eng und dicht sei und die Zustände so sein würden, dass vermutlich diejenigen, die dort wieder ausziehen könnten, auch umgehend ausziehen würden.*

- *Es wird also nach den Planungen des Senats ein ständiges Kommen und Gehen in diesen Großunterkünften geben.*
- *In den neuen Großunterkünften werden gerade einmal registrierte Flüchtlinge für den Verlauf des Asylverfahrens, abgelehnte Asylbewerber (ggf. im Widerspruchsverfahren oder bis zur Abschiebung), abgelehnte geduldete Asylbewerber und sog. Fehlbeleger untergebracht werden.
Fehlbeleger werden Flüchtlinge genannt, die nach der Anerkennung als Flüchtlinge keine Wohnung auf dem sonstigen Wohnungsmarkt finden.*
- *Die Unterbringung wird auch für die Fehlbeleger weiterhin so dicht und eng (5 -6 Personen/Wohnung) bleiben, da es sich um eine öffentlich-rechtliche Unterbringung in Wohnungen und keine Mietwohnungen handelt.*
- *Die Bauweise der neuen Expressbauten soll zwar dem Standard des sozialen Wohnungsbaus entsprechen, die Unterbringung der Bewohner entspricht allerdings überhaupt nicht dem Standard des sozialen Wohnungsbaus.*

Mit Wohnen und Integration haben diese öffentlich-rechtlichen Erstaufnahmen in Wohnungen gar nichts zu tun. Sie dienen lediglich dazu, feste überdachte Unterkünfte zu schaffen, um Zelte und Baumärkte zu ersetzen.

Szczesny (CDU):

- Der FDP-Antrag gehe in die richtige Richtung.
- Man dürfe die örU allerdings nicht mit einer regulären Vermietung verwechseln.
- Die jetzige Situation in den Unterkünften sei angespannt.
- Die Nutzung als örU würde maximal 15 Jahre betragen.
- Altona müsse den Wohnungsbau erhöhen.
- Es dürfe auf dem normalen Wohnungsmarkt keine Konkurrenzsituation zwischen Einheimischen und Flüchtlingen geben.
- Der FDP-Antrag soll in den Planungsausschuss überwiesen werden.

Adrian (SPD):

- Die Hallen müssen geräumt werden.
- Aus den engen Wohnverhältnissen in den jetzigen ZEAs resultierten die vielen Polizeieinsätze.

Anm. CK:

- *Nach der Belegungsplanung des Senats werden die neuen Expressbauten genauso eng belegt wie die jetzigen ZEAs.*
- *Die Anzahl der Polizeieinsätze korrelieren auch nach früheren Feststellungen in Ausschüssen des Bezirks mit der Größe der Unterkunft.*

- Die neuen Großunterkünfte werden mit bis zu 4.000 Flüchtlingen/Unterkunft deutlich größer als die derzeitigen ZEAs.
- In Rissen45 plant der **Senat** eine Unterbringung von 4.000 Flüchtlingen zuzüglich von 800-1.200 Flüchtlingen in Sieverstücken. Das sind insgesamt **rund 5.000 Flüchtlinge** an einer Stelle.
- Der **Bezirk Altona** plant in Rissen45 die Unterbringung von 2.000 Flüchtlingen zuzüglich 800-1.200 in Sieverstücken. Darüber hinaus ist in der Planung des Bezirkes völlig unklar, ob die weiteren 200 Wohnungen überhaupt auf dem freien Markt vermietet werden können und dort nicht weitere 600 -1.000 Flüchtlinge einziehen. Auch bei der Planung des Bezirkes ist also von insgesamt **rund 3.500 – 4.000 Flüchtlingen** an einer Stelle auszugehen.
- Die größte ZEA ist z.Zt. die Schnackenburgallee mit 2.700 Plätzen (Stand 14.01.2016, Hamburg.de). Hierzu gibt es einen Antrag der Bezirksversammlung Altona, dass 2.300 Flüchtlinge in der Schnackenburgallee genug sind (Drucksache 20-1491).

Adrian (SPD):

- Es werden in Altona alternative Flächen für die 800 WE für Flüchtlinge gesucht.
- Das muss schnell gehen.
- Altona hat bis Ende Januar von der Bürgerschaft eine Frist bekommen, um alternative Flächen zu Rissen 45 zu benennen.
- Heute muss ein Entschluss für die Nennung von alternativen Flächen gefasst werden. (s. Antrag unter 8.6.).
- Alternative Flächen, die benannt werden sollen sind Baurstraße, Gaußstraße und Otte 60. Für diese Flächen muss heute der Beschluss gefasst werden, die Planung werde dann in den Planungsausschuss überwiesen.
- Otte 60 werde viel kleiner als Rissen 45, wo der Bezirk immer noch 400 WE für Flüchtlinge plane.

Szczesny (CDU):

- 400 WE für Flüchtlinge in Rissen 45 sind zu viel.
- Es gibt 3 alternative Flächen.
- Die Not ist jetzt groß. Der Wohnungsbau sei allerdings erst in 2 Jahren fertig.
- Bezweifelt die Zahl von 80.000 Flüchtlingen, die bis Ende 2016 untergebracht werden müssen.

Trede (GRUENE):

- Die CDU solle nicht verhindern, dass die Rissener ihre Verpflichtungen leisten/erfüllen.

Boehlich (GrÜNE):

- Es darf keine Konkurrenz zum sozialen Wohnungsbau geben.

Flemming (FDP):

- Hamburg nimmt nach Königsteiner Schlüssel 2,4% der Flüchtlinge auf. Bei 80.000 Flüchtlingen bis Ende 2016 in Hamburg wären das für Deutschland dann insgesamt 3,8 Millionen Flüchtlinge.
- Es werde auf Regierungsebene gerade Weichen zu einer deutlichen Reduzierung der Flüchtlingszahlen gestellt.
- Eine Konkurrenzsituation entstünde, wenn es 2 Wohnungsbau-Programme und nicht nur ein Wohnungsbau-Programm gebe.
-

Eschenburg (GRUENE):

- 45.000 Flüchtlinge werden z.Zt. in Hamburg untergebracht.
→ Zwischenrufe: Olaf Scholz soll schneller weiterverteilen.

Hielscher (CDU):

- Wenn die Unterkunftsplätze so knapp seien, verstehe er nicht, dass die Blockhäuser in der Octaviostraße abgerissen würden, um das Grundstück an einen Investor zu verkaufen.
- SPD und GRUENE wollen Rissen 45.

Adrian (SPD):

Erinnert an die Befreiung von Auschwitz. Ghettos seien die jüdischen Ghettos in der NS-Zeit gewesen, aus denen die Juden in die Vernichtungslager deportiert wurden.

In Rissen würde kein Ghetto gebaut.

Der FDP-Antrag wird in den Planungsausschuss überwiesen.

8.6 Zeitnah Detailplanung und Konzepte für restliche 400 Wohnungen für Geflüchtete Dringlicher Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNE (Neufassung) 20-2004 Neu!

„Das Bezirksamt wird gem. § 19 (2) BezVG aufgefordert, zeitnah eine Detailplanung und Konzepte für 400 Wohneinheiten für Unterkünfte für Geflüchtete auf den Flächen des Bebauungsplans „Ottensen 60“, der heutigen Gewerbefläche an der Baurstraße im Gebiet des Bebauungsplans „Othmarschen 40“ und der Gewerbefläche neben dem Bauwagenplatz in der Gaußstraße zu erarbeiten und dem Planungsausschuss in der Februarsitzung vorzulegen“

Jarowoy (LINKE):

- Möchte, dass Otte 60 herausgenommen wird. Vor einem Beschluss in der Bezirksversammlung müsse mit dem runden Tisch gesprochen werden.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD, GRUENEN und CDU angenommen. Dem Hinweis der LINKEN folgt die Bezirksversammlung nicht.

Dr. Christine Kamlah, 30.01.2016